

Die Einheit Deutschlands im Innern

Dominik Geppert

Es mache keinen Sinn, hat Peter Glotz einmal bemerkt, herausragende Gestalten aus verschiedenen Epochen deutscher Geschichte wie Otto von Bismarck, Konrad Adenauer und Helmut Kohl zum Zwecke des Vergleichs miteinander zu kontrastieren. Der von einem Hof abhängige, von einer Verfassung aber weitgehend unbehelligte Junker Bismarck sei nicht „mit dem Parlaments- und Parteienjongleur Kohl zu vergleichen“. Das Zusammenwürfeln von Helden entspreche zwar dem Bedürfnis nachträglicher Identitätskonstrukteure, den Erfindern der Geschichte: „Mit der Geschichte selbst hat es nichts zu tun.“¹ Dieser Beitrag versucht, das Gegenteil zu zeigen: Man muss keine Heldenverehrung betreiben, um einem Vergleich der drei Kanzler Bismarck, Adenauer und Kohl etwas abzugewinnen.

Meine Überlegungen heben dabei nicht auf die außenpolitische Bedeutung der drei Staatsmänner ab, auch nicht auf ihre Vorstellungen von Deutschland in Europa und ihre Konzepte zur Herstellung oder Sicherung eines deutschen Nationalstaates in der Mitte des Kontinents, um die es zumeist ging, wenn Historiker oder Politikwissenschaftler sich doch an einen Vergleich wagten.² Sie konzentrieren sich auf einen anderen Aspekt, der seltener systematisch beleuchtet worden ist: auf die Herausforderungen der inneren Staatsgründung. Schließlich hatten sich sowohl der Reichsgründer Otto von Bismarck als auch der Gründungskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Konrad Adenauer, und der Kanzler der deutschen Einheit, Helmut Kohl, der Aufgabe verschrieben, ihre Landsleute nicht nur nach außen in einem Staat zu vereinen, sondern auch

1 | *Peter Glotz: Die Herren an den Wendepunkten. Bismarck, Adenauer, Brandt, Kohl, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 45 (1998), S. 439–444, hier S. 439.*

2 | *Vgl. Michael Stürmer: Wem gehört Deutschland. Otto von Bismarck, Konrad Adenauer, Helmut Kohl: Woran deutsche Kanzler gemessen werden, in: Die Welt, 1. April 2000; Hans-Peter Schwarz: Das Gesicht des 20. Jahrhunderts. Monster, Retter, Mediokritäten. Überarb. Neuaufl. München 2010, S. 732, 737; mit Blick auf Bismarck und Adenauer Ders.: Bismarck in Bonn? Die Außenpolitik Adenauers in historischer Perspektive (Friedrichsruher Beiträge 17). Friedrichsruh 2002.*

die Einheit im Innern zu gestalten. Alle drei hatten nicht nur außenpolitische Widerstände zu überwinden, sondern auch mit erheblichen inneren Schwierigkeiten beim Zusammenwachsen des Landes zu kämpfen.

Der prekäre Charakter der deutschen Nation

Wenn man vergleicht, vor welchen innenpolitischen Herausforderungen die drei Kanzler bei der Gestaltung der deutschen Einheit vor 20, 60 und 140 Jahren standen, dann muss man zunächst als Besonderheit der deutschen Geschichte hervorheben, dass die innere Einheit der Nation und damit auch des Nationalstaates über weite Strecken der zurückliegenden zweihundert Jahre nicht selbstverständlich war, sondern vielmehr als etwas Prekäres, Bedrohtes, wenn nicht gar Verlorengegangenes empfunden wurde. Das galt nicht nur für die Ära der deutschen Teilung im Kalten Krieg und deren zum Teil bis heute spürbaren gesellschaftlichen, politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und sozialpsychologischen Folgewirkungen. Es galt, viel stärker als wir das heute oft wahrnehmen, auch für die Zeit des Kaiserreiches von 1871. Noch viel mehr galt es natürlich für jene Phase des Deutschen Bundes seit den Freiheitskriegen gegen das napoleonische Frankreich, von der Bismarck entscheidend geprägt wurde und die – zumindest von der immer stärker anwachsenden deutschen Nationalbewegung – ebenfalls als eine Zeit der Teilung empfunden wurde.

Das von Bismarck ins Leben gerufene Reich war nicht das gleichsam zwangsläufige Ziel der vorhergehenden preußisch-deutschen Geschichte, wie es die borussische Geschichtslgende glauben machen wollte.³ Es war ein hochgradig artifizielles Produkt von drei Kriegen und einer kühnen Diplomatie, deren Ausgang keineswegs von vornherein feststand. Die neuere Historiographie zeichnet deswegen gerade für die Anfangsjahre ein sehr viel heterogeneres Bild vom Kaiserreich als die überkommene Nationalgeschichtsschreibung.⁴ Eine homogene

3| Vgl. etwa Robert Southard: *Droysen and the Prussian School of History*. Lexington 1995; Stefan Berger: *The Search for Normality. National Identity and Historical Consciousness in Germany since 1800*. Providence u. a. 1997.

4| Vgl. Abigail Green: *Fatherlands. State-Building and Nationhood in Nineteenth Century Germany*. Cambridge 2001; Alon Confino: *The Nation as a Local Metaphor: Württemberg, Imperial Germany, and National Memory, 1871–1918*. Chapel Hill 1997; Celia Applegate: *A Nation of Provincials*. Berkeley u. a. 1990; Winfried Becker: *Das Bismarckreich - ein Obrigkeitsstaat? Die Entwicklung des Parlamentarismus und der Parteien 1871–1890* (Friedrichsruher Beiträge 9). Friedrichsruh 2000.

Nationalgesellschaft konnte es schon wegen der polnischen, dänischen und französischen Minderheiten nicht geben, aber auch das Selbstgefühl und die Wahrnehmungsmuster der deutschen Mehrheit waren keineswegs von Beginn an ausschließlich auf die Nation ausgerichtet. Regionale und lokale Verbundenheiten spielten weiter eine große Rolle; auch durch die tendenzielle Nationalisierung der Kommunikationssysteme von Post und Eisenbahn wurde der „Faktor Region“ nicht zum Verschwinden gebracht.⁵ Die Rechtseinheit auf Reichsebene war das mittel- und langfristige Ergebnis, nicht die Voraussetzung der Nationalstaatsgründung: vom 1872 in Kraft getretenen Reichsstrafgesetzbuch bis zum Bürgerlichen Gesetzbuch, das seit dem 1. Januar 1900 galt. Eine nationale Kommunikationsgemeinschaft von Zeitungslesern bildete sich ebenfalls erst mit der Entstehung der Massenpresse seit den 1880er und 1890er Jahren heraus.⁶ Beim Militär blieben die einzelstaatlichen Traditionen noch stärker ausgeprägt: Bei Beginn des Ersten Weltkriegs gab es immer noch kein Reichsheer, sondern weiterhin preußische, sächsische, bayerische und württembergische Armeen.⁷

In den 1870er Jahren und darüber hinaus fürchteten viele Zeitgenossen, das Kunstgebilde des Deutschen Reiches könnte unversehens wieder in sich zusammenfallen, weil es womöglich keine Zeit erhalten würde, Wurzeln zu schlagen und die notwendigen politischen und kulturellen Kohäsionskräfte zu entwickeln, die es gegen die Tendenzen der inneren Zersetzung schützen würden.⁸ Bismarck selbst hat das so gesehen. Er wurde nicht nur von einem ‚Alptraum der Koalitionen‘ geplagt, sondern auch von einem ‚Alptraum der Revolutionen‘: der Sorge vor der „inneren Auflösung und Zerstörung des eben Geschaffenen“.⁹ Noch 1895, drei Jahre vor seinem Tod, ein Vierteljahrhundert nach der

5| Siegfried Weichlein: *Nation und Region. Integrationsprozesse im Bismarckreich* (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 137). Düsseldorf 2004, S. 184.

6| Martin Kohlrausch: *Der Monarch im Skandal. Die Logik der Massenmedien und die Transformation der wilhelminischen Monarchie* (Elitenwandel in der Moderne 7). Berlin 2005, S. 51.

7| Friedrich-Christian Stahl: *Preußische Armee und Reichsheer 1871–1914*, in: Oswald Hauser (Hg.): *Zur Problematik „Preußen und das Reich“*. Köln 1984, S. 181–245.

8| Christopher Clark: *Preußen. Aufstieg und Niedergang. 1600–1947*. Nachdruck München 2008, S. 650.

9| Rainer F. Schmidt: *Otto von Bismarck (1815–1898). Realpolitik und Revolution. Eine Biographie*. Stuttgart 2004, insbes. S. 191–269.

Reichsgründung, warnte Bismarck Vertreter studentischer Korporationen, die ihn in Friedrichsruh besuchten, vor innerer Uneinigkeit, die er tief und fast unausrottbar in der deutschen Geschichte verwurzelt sah. „Die heutigen Fractionsspaltungen“, so der Altkanzler, seien ja „doch nur die Nachweh der alten deutschen Kämpfe in den Städten zwischen den Geschlechtern und den Zünften, in den Bauernkriegen zwischen den Besitzenden und den Nichtbesitzenden, in den Religionskriegen, im dreißigjährigen Kriege. Alle diese tiefgehenden, ich möchte sagen geologischen Spaltungen im deutschen Boden lassen sich nicht vertilgen mit einem Schläge.“¹⁰

Die drei Kanzler der Einheit verbindet das latente – und manchmal auch gar nicht so latente – Gefühl bedrohlicher innerer Uneinigkeit. Die sprachlichen Wendungen, mit denen dieses Gefühl beschrieben wurde, waren jedoch jeweils unterschiedlich. Kohl sprach 1990 vom „Geist der inneren Aussöhnung“, der notwendig sei.¹¹ Der Begriff der ‚inneren Einheit‘ stammt ebenso wie die Rede von der ‚Mauer in den Köpfen‘ oder der ‚Fortsetzung der geistigen Spaltung‘ aus dem Umfeld der deutschen Wiedervereinigung von 1989/90.¹² Weder Bismarck noch Adenauer haben ihn benutzt. Bei Bismarck war stattdessen von der „Reichseinigung“ die Rede, die bedroht war durch den „Partikularismus“ oder die „Particularinteressen“ – sei es der einzelnen deutschen Staaten oder der sich herausbildenden Parteien, der verschiedenen Konfessionen, Nationalitäten und regionalen Landsmannschaften.¹³ Adenauer ging es nach der Katastrophe der NS-Herrschaft und der Niederlage im Zweiten Weltkrieg darum, „ein vernünftiges staatsrechtliches Gefüge“, wie er es nannte, überhaupt erst wieder herzustellen und, angesichts der sowjetischen Herrschaft in Ostdeutschland, um das proklamierte Recht der Bundesrepublik auf den Alleinvertretungsanspruch für alle Deutschen.¹⁴

10 | Rede Otto von Bismarcks „An die Studenten der deutschen Universitäten und Technischen Hochschulen“, 1. April 1895, zitiert nach Horst Kohl (Hg.): *Die Politischen Reden des Fürsten Bismarck*. Bd. 13 (1890–1897). Stuttgart u. a. Berlin 1905, S. 312–317, hier S. 317.

11 | Helmut Kohl: *Ich wollte Deutschlands Einheit*. Dargestellt von Kai Dieckmann und Ralf Georg Reuth. München 2000, S. 240.

12 | Werner Weidenfeld und Karl-Rudolf Korte (Hg.): *Handbuch zur deutschen Einheit*. Aktualisierte Neuauflage, Bonn 1996.

13 | Otto von Bismarck. *Gesammelte Werke – Neue Friedrichsruher Ausgabe, Abteilung IV: Gedanken und Erinnerungen*. Bearb. von Michael Epkenhans und Eberhard Kolb. Paderborn u. a. 2012, S. 314.

14 | Konrad Adenauer: *Erinnerungen 1945–1953*. Stuttgart 1965, S. 40.

Die unterschiedlichen Redewendungen verweisen auf die unterschiedlichen Ziele Bismarcks, Adenauers und Kohls, auf ihre ganz unterschiedlichen biographischen Erfahrungen, auf die verschiedenartigen zeitgenössischen Denkmuster und auf die verschiedenen gearteten Rahmenbedingungen, unter denen Deutschlands Einheit im Innern erreicht, bewahrt oder auch wiederhergestellt werden sollte. Bismarck schuf erstmals einen deutschen Nationalstaat in der Mitte Europas, der sich ‚Reich‘ nannte, auf preußischer Vorherrschaft gegründet war und in seiner „Doppelgesichtigkeit“ (Michael Stürmer) zwischen den nationalen, liberalen, demokratischen Kräften des allgemeinen Reichstagswahlrechts auf der einen Seite und den in Preußen verwurzelten konservativen Gegenkräften auf der anderen Seite oszillierte. Adenauer stand materiell, institutionell und ideologisch vor den Trümmern des NS-Staates und musste aus ihnen die tragfähige konzeptionelle Legierung eines funktionierenden und als legitim erachteten politischen Systems erst schmieden, jedenfalls in dem Teil Deutschlands, in dem das nach 1945 möglich war.¹⁵ Kohl sah sich nach vierzig Jahren der staatlichen Teilung und gesellschaftlichen Auseinanderentwicklung unerwartet mit der Aufgabe konfrontiert, West- und Ostdeutsche auf eine Weise zusammenzubringen, die nicht verspielte, was man in der Bundesrepublik politisch, wirtschaftlich und sozial erreicht hatte, die zugleich aber auch die Hoffnungen und Erwartungen der neuen Bundesbürger nicht enttäuschte – und zwar zu einem Zeitpunkt, an dem sich zumindest in Westdeutschland viele von der Vorstellung eines Nationalstaates bereits ab- und einer angeblich postnationalen europäischen Zukunft zugewandt hatten.¹⁶

Die Diskrepanz der Ausgangsbedingungen 1871, 1949 und 1990 wird besonders deutlich, wenn man die Verwendung desjenigen Begriffes genauer betrachtet, der sozusagen programmatisch den Anspruch auf innere Einheit ausdrückt: den Begriff der Nation. In den 78 Artikeln der Reichsverfassung von 1871 kommt er nicht ein einziges Mal vor – und das aus gutem Grund. Er hätte nämlich unvermeidlich die Frage nach den Menschen- und Bürgerrechten aufgeworfen, die seit der

15 | Arnulf Baring: *Was bleibt von Adenauer*, in: Peter R. Weilemann/Hanns Jürgen Küsters/Günter Buchstab (Hg.): *Macht und Zeitkritik. Festschrift für Hans-Peter Schwarz zum 65. Geburtstag*. Paderborn 1999, S. 169–185, hier S. 174.

16 | Andreas Wirsching: *Abschied vom Provisorium, 1982–1990*. München 2006, S. 474.

amerikanischen Unabhängigkeitserklärung von 1776 und der Französischen Revolution von 1789 unauflöslich mit dem Nationsbegriff verbunden waren und auf die sich auch die Frankfurter Paulskirche 1848 in ihrer feierlichen Erklärung der Grundrechte „zur inneren Begründung“ des deutschen Nationalstaates berufen hatte.¹⁷

Das 1949 verabschiedete Grundgesetz bezog sich, anders als die Reichsverfassung, gleich im ersten Satz seiner Präambel auf die „nationale und staatliche Einheit“, die einerseits als demokratische Verpflichtung und andererseits als nationalpolitische Zukunftsaufgabe zu verstehen war – mit dem Effekt, dass der Nationsbegriff wieder aus der Verfassung verschwand, nachdem das deutsche Volk 1990 seine Einheit in Freiheit erlangt hatte.

Trotz der gravierenden Unterschiede, die ich hier nur angedeutet habe, kann man aber wenigstens drei grundsätzliche Aufgaben der inneren Einigung herausarbeiten, vor denen sowohl Bismarck als auch Adenauer und Kohl standen – und die ich im Folgenden kurz umreißen möchte:

Erstens bestand die Notwendigkeit, für das neue beziehungsweise vergrößerte Staatswesen einen passenden politisch-institutionellen Rahmen zu schaffen.

Zweitens musste eine funktionierende und von der Bevölkerung akzeptierte wirtschaftliche Ordnung etabliert werden.

Drittens waren die Vertreter des jeweils vorangegangenen *ancien régime* in die neue politische, gesellschaftliche und ökonomische Ordnung zu integrieren.

Der politisch-institutionelle Rahmen

Bei der Betrachtung des politisch-institutionellen Rahmens springen zunächst die Verbindungslinien zwischen Adenauer und Kohl ins Auge: die Etablierung eines Parlamentarismus westlicher Prägung zunächst im Westteil des Landes, seit 1990 auch im Osten; die Durchsetzung

17| Michael Stürmer: *Eine politische Kultur – oder zwei? Betrachtungen zur Regierungsweise des Kaiserreichs*, in: Hauser (Hg.): *Problematik*, S. 35–47, hier S. 38.

einer Parteiendemokratie, die sich unter Adenauers maßgeblicher Mitwirkung seit 1949 in der Bundesrepublik herausgebildet hatte und die 1990 auf die untergehende DDR übertragen wurde. Interessanter sind aber die Parallelen zwischen Bismarck und Kohl, die nicht inhaltlicher, sondern funktioneller Natur sind. Sowohl 1866/67 und 1870/71 als auch 1989/90 entschieden sich mit Bismarck und Kohl die ausschlaggebenden Männer an der Spitze der Exekutive aus einer Mischung von Machtkalkül und pragmatischer Einsicht in das Realisierbare gegen einen radikalen institutionellen Bruch und für die Bewahrung dessen, was sich aus ihrer Sicht bewährt hatte: Für Bismarck waren dies der monarchische Staat Preußens und seine Verwaltung, für Kohl die Ordnung des Grundgesetzes und die bundesrepublikanische Administration.

In seinen Putbuser Diktaten bemerkte Bismarck Ende Dezember 1866 als Vorgabe für den Verfassungsentwurf des Norddeutschen Bundes, der im preußischen Staatsministerium ausgearbeitet werden sollte: „Je mehr man an die früheren Formen anknüpft, um so leichter wird sich die Sache machen, während das Bestreben, eine vollendete Minerva aus dem Kopfe des Präsidiums [des Norddeutschen Bundes] entspringen zu lassen, die Sache in den Sand der Professorenstreitigkeiten führen würde.“¹⁸ Dies hieß: keine Verfassungsdiskussion und möglichst weitgehende konstitutionelle und institutionelle Kontinuität. Ähnliche Überlegungen veranlassten Helmut Kohl knapp 125 Jahre später dazu, für einen Beitritt der neuen Bundesländer nach Artikel 23 des Grundgesetzes einzutreten. Er wollte eine Verfassungsdiskussion vermeiden, wie sie eine Wiedervereinigung über Artikel 146 des Grundgesetzes mit sich gebracht hätte, für die Teile der Sozialdemokratie, der Grünen und viele Intellektuelle plädiert hatten.

Ein wesentlicher Unterschied zwischen Bismarck und Kohl bestand in ihrer Haltung zu den politischen Parteien und deren Platz in der Verfassungsordnung. Während Kohl durch und durch Parteimann war, der in seiner und für seine Partei lebte, gehörten Parteien für Bismarck zu jenen „Particularinteressen“, die dem von der Regierung zu vertretenden Allgemeinwohl im Wege standen. Als preußischer Ministerpräsident wie als Reichskanzler begriff er sich, ähnlich seinem Monarchen, als

18 | Zitiert nach Lothar Gall: *Bismarck. Der weiße Revolutionär*. Frankfurt/Main u. a. 1980, S. 385f.

über den Parteien stehend. „Die Hauptsache ist mir: keine Diäten“, hielt er in seinen Putbuser Diktaten fest. Die Legislative des neuen Staates sollte nicht von Berufs- und Parteipolitikern bestimmt werden, von „gewerbsmäßigen Parlamentariern“, wie er sagte. Diäten waren aus Bismarcks Sicht „die Besoldung des gebildeten Proletariats zum Zwecke des gewerbsmäßigen Betriebes der Demagogie.“¹⁹

Bismarck wusste natürlich, dass er unter den von ihm selbst geschaffenen Bedingungen Mehrheiten im Reichstag benötigte, die ohne die Parteien nicht zu bekommen waren. Aber er hatte ein rein instrumentelles Verhältnis zu ihnen. Regierungskunst bestand aus seiner Sicht darin, die Differenzen zwischen den Parteien auszunutzen, sie gegeneinander auszuspielen, unerwartete Bündnisse auf Zeit zu schmieden: mit den Liberalen gegen die Konservativen (wie über weite Strecken der 1870er Jahre) und dann wieder andersherum (wie zunehmend seit 1878). Unverrückbare Grundsätze störten dabei nur: „Prinzipien haben, heißt mit einer Stange im Mund Waldlauf zu machen“, spottete er.²⁰

Bismarcks schwer zu überbietender Realismus, den man auch Zynismus oder Opportunismus nennen kann, sicherte ihm über fast zwei Jahrzehnte seine dominierende Stellung in der Politik des Kaiserreiches. Er sorgte aber auch dafür, dass der von ihm geschaffenen politischen Ordnung etwas Provisorisches anhaftete, weil sie immer gleichsam unter dem Vorbehalt eines möglichen Staatsstreiches blieb. Dem Bismarckreich fehlte, wie Lothar Gall formuliert hat, „jener Grundkonsens des gemeinsamen, und sei es auch in schärfster politischer Auseinandersetzung Erstrittenen, der Charakter einer wirklich vollzogenen inneren Einigung.“²¹

19 | Zitiert ebd., S. 388f. Vgl. Ders. (Hg.): *Otto von Bismarck und die Parteien* (Otto-von-Bismarck-Stiftung, wissenschaftliche Reihe 3). Paderborn u. a. 2001, passim; vgl. dazu auch *Bismarcks Äußerungen über Politiker* in: Hans-Joachim Schoeps: *Bismarck über Zeitgenossen – Zeitgenossen über Bismarck*. Frankfurt/Main 1972, S. 141–234.

20 | Zitiert nach Clark: *Preußen*, S. 595.

21 | Gall: *Bismarck*, S. 445. Zum Gesamtkomplex der inneren Reichsgründung vgl. Hans-Ulrich Wehler: *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*. Bd. 3: *Von der „Deutschen Doppelrevolution“ bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges 1849–1914*. München 1995, insbes. S. 889–964; Otto Pflanze: *Sammlungspolitik 1875–1886. Kritische Bemerkungen zu einem Modell*, in: Ders. (Hg.): *Innenpolitische Probleme des Bismarck-Reiches*. München u. a. 1983, S. 155–193.

Dass diese innere Einigung sozusagen im überüberrnächsten Anlauf nach dem Untergang des Kaiserreiches, dem Scheitern der Weimarer Republik und der Katastrophe des Nationalsozialismus nach 1945 zustande kam, war nicht zuletzt das Verdienst der von Bismarck so geschmähten Parteien. Diese hatten in der ersten deutschen Republik nicht zuletzt aufgrund mangelnder Erfahrung im Umgang mit politischer Macht noch weitgehend versagt – insofern entpuppte sich Bismarcks Parteienskepsis als eine Art self fulfilling prophecy. Dass sie es nach 1945 besser machten, war insbesondere der von Adenauer geprägten, in der Regierungsverantwortung stehenden CDU zu verdanken, aber auch Kurt Schumachers SPD, die gleichsam die parlamentarische Opposition erfand, die es derart in Deutschland zuvor nicht gegeben hatte, und aus dieser Position heraus den jungen Staat ebenfalls prägte.²²

Vor diesem Hintergrund ist Adenauers bekanntes Diktum zu verstehen, Bismarck sei ein großer Außenpolitiker, aber ein sehr schlechter Innenpolitiker gewesen. Es bezog sich nicht zuletzt darauf, dass der Reichskanzler durch die Stigmatisierung des politischen Katholizismus und der Sozialdemokratie die Ausprägung großer, staatstragender Volksparteien um ein Dreivierteljahrhundert verzögert habe. Ohne Kulturkampf und Sozialistengesetze hätte sich das deutsche Parteiwesen nach Adenauers Vorstellung ganz anders entwickelt. Anstelle der verschiedenen strukturell nicht mehrheitsfähigen Milieuparteien wäre aus den beiden Hauptströmungen des Liberalismus und des Konservatismus – wie in Großbritannien – ein Zwei-Parteien-System entstanden: mit einer liberalen Mehrheit im Westen und einem konservativen Schwerpunkt im Osten jenseits der Elbe.²³

Helmut Kohls große Leistung für die innere Entwicklung des wiedervereinigten Deutschland bestand darin, die parlamentarische Demokratie westlicher Prägung, die mit den dazu gehörenden Institutionen seit 1949 in der Bundesrepublik Wurzeln geschlagen hatte, nach 1990 auch im deutschen Osten etabliert zu haben, nicht zuletzt indem er die Parteiendemokratie auf die untergehende DDR ausdehnte. Kohl hat das nicht im Alleingang bewirkt, aber daran doch einen stärkeren individuellen Anteil gehabt als jeder andere Politiker.

22 | Vgl. Dominik Geppert: *Die Ära Adenauer*. 3. Aufl. Darmstadt 2012, S. 28.

23 | Vgl. hierzu auch: Corinna Franz: „Ein großer Außenpolitiker, aber ein sehr schlechter Innenpolitiker“. Otto von Bismarck im Urteil Konrad Adenauers, in: Ulrich Lappenküper (Hg.): *Otto von Bismarck im Urteil deutscher Bundeskanzler*. Friedrichsruh 2009, S. 9–30, hier S. 19.

Ausschlaggebend war seine Entscheidung vom Januar 1990, mit Blick auf den anstehenden Volkskammer-Wahlkampf ein Bündnis mit der alten Blockpartei Ost-CDU einzugehen und sich nicht auf die Zusammenarbeit mit den neuen Kräften des Demokratischen Aufbruchs und der Deutschen Sozialen Union zu beschränken. Die ‚Allianz für Deutschland‘ zog mit Kohl als „Wahllokomotive“ und „Kanzler der Einheit“, auf den der gesamte Wahlkampf zugeschnitten wurde, in die anstehenden Märzahlen.²⁴ Ähnlich wie 1949 erzielte die Union einen überraschenden Wahlsieg – mit dem Unterschied, dass die ‚Allianz für Deutschland‘ im Frühjahr 1990 jene Große Koalition einging, gegen die sich Adenauer 1949 entschieden hatte, und dass Kohl als Verkörperung politischen Wandels und marktwirtschaftlicher Verheißung sozusagen Adenauer und Erhard in seiner Person vereinigte.

Die Wirtschaftsordnung

Vergleicht man die wirtschaftspolitischen Grundsatzentscheidungen, mit denen die politischen Gründungsakte 1866/1871, 1949 und 1990 flankiert wurden, so fällt zunächst einmal auf, wie sehr sich alle drei Kanzler der Einheit, die ja nicht gerade für ihre marktwirtschaftliche Überzeugungstreue bekannt sind, als Verfechter wirtschaftsliberaler Lösungen erwiesen. Bismarck stützte sich in dem Jahrzehnt zwischen 1867 und 1876 auf die Fachkenntnis und das administrative Geschick von Rudolf Delbrück, der zunächst als Präsident des Bundeskanzleramtes und seit 1871 dann des Reichskanzleramtes die Wirtschafts- und Handelspolitik bestimmte. Unter ihm wurden der preußische Staat und später das Deutsche Reich zu einer Triebkraft des wirtschaftlichen Liberalismus. Das galt ebenso für die gesetzliche Festschreibung des Prinzips der Freizügigkeit im gesamten Gebiet zunächst des Norddeutschen Bundes (1867) und später des Deutschen Reiches wie für die Vereinheitlichung des Maß- und Gewichtssystems (1868), für die Verabschiedung des Deutschen Handelsgesetzbuches und die Einrichtung eines obersten Handelsgerichts in Leipzig (1869), für die Einführung einer neuen Gewerbeordnung, die auf dem Prinzip der Gewerbefreiheit aufbaute (ebenefalls 1869), für die Schaffung einer einheitlichen Währung, der Mark (1871), und einer zentralen Notenbank, der Reichsbank (1875).²⁵

24 | Vgl. Andreas Rödder: *Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung*. München 2009, S. 218.

25 | Vgl. etwa Thomas Nipperdey: *Deutsche Geschichte 1866–1918. Bd. 2: Machtstaat vor der Demokratie*. München 1992, S. 359–364.

Was Bismarck in seiner deftigen Sprache als „Verordnungsdurchfall“ bezeichnete, sorgte dabei innerhalb von wenigen Jahren nicht nur für die „nachträgliche Eroberung Norddeutschlands durch die preußische Wirtschaft“, sondern auch dafür, dass jetzt „die Idee der Selbstregulierung der Wirtschafts- und damit der Sozialordnung endgültig zum Prinzip erhoben wurde, der Staat also diesen Bereich weitgehend freigab“. Dadurch sahen sich die Gebiete außerhalb Preußens einer ökonomischen Roskur ausgesetzt und mit einem Stoß ins kalte Wasser einer kaum noch gebändigten Marktwirtschaft befördert, in der „jene rasch dominierten, die daran seit langem gewohnt waren“²⁶.

Auch Adenauer war Ende der 1940er, Anfang der 1950er Jahre nicht der wirtschaftspolitische Mann der Mitte und Verfechter eines auf Ausgleich zwischen Kapital und Arbeit bedachten rheinischen Kapitalismus, als der er im Rückblick häufig dargestellt wird. In den Monaten nach der Währungsreform vom Juni 1948 hat er den von den Amerikanern protegierten neoliberalen Ordnungspolitiker Ludwig Erhard samt dessen marktwirtschaftlichem Radikalprogramm in der Union durchgesetzt.²⁷ Die ‚Allianz Adenauer-Erhard‘ war dabei zunächst deutlich mehr als ein taktisch motiviertes Bündnis. Wirtschaftspolitisch war Adenauer damals in den Worten seines Biographen Hans-Peter Schwarz „so etwas wie der Rechtsaußen“ seiner Partei, der gegen die sozialistische Wirtschaftspolitik seines Konkurrenten Schumacher polemisierte, dem christlichen Sozialismus seiner eigenen Parteifreunde einen Riegel vorschieben wollte und sich mit dem Plan durchsetzte, den Wahlkampf 1949 unter die Alternative Marktwirtschaft oder Planwirtschaft zu stellen.²⁸

Diese Wahlmöglichkeit stellte sich 1990 nicht mehr. Die Systemfrage war durch die friedliche Revolution in der DDR – und mehr noch: durch die massenhafte Abwanderung aus Ostdeutschland – zugunsten der Marktwirtschaft entschieden. „Wenn wir verhindern wollten, daß die Leipziger zur D-Mark kommen“, formulierte Kohl im Rückblick, „dann mußte die D-Mark zu den Leipziguern kommen.“²⁹ Die Herausforderung bestand darin, einen möglichst geordneten Übergang zu organisieren,

26 | Gall: *Bismarck*, S. 394f.

27 | Vgl. Hans-Peter Schwarz: *Adenauer. Bd. 1: Der Aufstieg 1876–1952*. Stuttgart 1986, S. 602–604.

28 | Hans-Peter Schwarz: *Anmerkungen zu Adenauer*. München 2004, S. 53–55.

29 | Kohl: *Deutschlands Einheit*, S. 232.

der den Menschen in der DDR eine Perspektive bot, den Haushalt der Bundesregierung nicht über Gebühr belastete und langfristig die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Ost und West in Aussicht stellte.

Wie Bismarck und Adenauer entschied sich Kohl in dieser Situation für das Konzept einer ökonomischen Schocktherapie. Was für Bismarck die Wirtschaftsreformen der „Ära Delbrück“ nach 1867 waren und für Adenauer die Einführung der Sozialen Marktwirtschaft – beginnend mit der Freigabe der Preise durch Erhard im Sommer 1948, das war für Kohl der sofortige Umbau der ostdeutschen Volkswirtschaft mit Hilfe einer auf einen Schlag herbeigeführten Wirtschafts- und Währungsunion schon im Sommer 1990. Er optierte damit gegen einen von SPD und Grünen geforderten mehrjährigen Prozess, in dem die DDR-Wirtschaft behutsam auf die Konkurrenz am Weltmarkt hätte vorbereitet werden sollen.³⁰ Ähnlich wie für Bismarck und Adenauer waren auch für Kohl letztlich politische Gründe für seine Entscheidung ausschlaggebend. Er sei sich bewusst gewesen, so Kohl später, dass eine schnelle Einführung der D-Mark in der DDR technisch machbar, aber mit ökonomischen Risiken verbunden sei. Dennoch sei sie „politisch zwingend geboten“ gewesen, weil es „um mehr ging als nur um eine kaufkräftige Währung, nämlich um gesellschaftliche und politische Reformen, um Freiheit und Menschenrechte“.³¹

Dabei waren weder Bismarck noch Adenauer oder Kohl marktwirtschaftliche Überzeugungstäter oder Anhänger eines ökonomischen *laisser-faire*. Ihnen ging es weniger ums Prinzip als um den praktischen Nutzen. Für Bismarck hatte in den 1860er Jahren bei der Herstellung der wirtschaftlichen Einheit Norddeutschlands nicht zuletzt das Ziel vor Augen gestanden, das protektionistische Österreich auszugrenzen und auf diese Weise die kleindeutsche Lösung der nationalen Frage voranzutreiben.³² Adenauer war als Bundeskanzler bei der konkreten Ausgestaltung der Sozialen Marktwirtschaft, für die er 1949 mit Ludwig Erhard in den Wahlkampf gezogen war, stets auf sozialen Ausgleich

30 | Vgl. Robert Grünbaum: *Deutsche Einheit*. Opladen 2000, S. 94f.

31 | Kohl: *Deutschlands Einheit*, S. 232.

32 | Vgl. Theodor Schieder: *Vom Deutschen Bund zum Deutschen Reich* (Gebhardt Handbuch der deutschen Geschichte 15). München 1990, S. 159; vgl. ausführlicher: Helmut Böhme: *Deutschlands Weg zur Großmacht. Studien zum Verhältnis von Wirtschaft und Staat während der Reichsgründungszeit*. Köln u. a. S. 91–165.

bedacht, wie sich schon bei der Mitbestimmung 1951 und beim Lastenausgleich 1952 zeigte. Erhard hingegen tendierte als Wirtschaftsminister dazu, die Marktwirtschaft groß und das Soziale eher klein zu schreiben.³³

Helmut Kohl schließlich bewegte sich in den 1980er Jahren bei der Deregulierung der Märkte und der Privatisierung von Staatsbetrieben keinesfalls an der Spitze der westlichen Industriestaaten, sondern im Vergleich etwa zu den Vereinigten Staaten unter Ronald Reagan oder Großbritannien unter Margaret Thatcher eher als Nachzügler. Das lag nicht nur an den engen institutionellen Rahmenbedingungen, innerhalb derer die Politik in der bundesdeutschen Konsensdemokratie zu operieren hatte, sondern auch an den politischen Präferenzen der Union als Sozialstaatspartei.³⁴ Er sei kein Anhänger der Marktwirtschaft, erklärte Kohl Ende der 1980er Jahre vor der Bundestagsfraktion seiner Partei, „sondern der sozialen Marktwirtschaft!“ Er glaube nicht an die Vorstellung des „Manchester-Liberalismus“, dass der Reichtum einer Gruppe „automatisch übergreift und immer weiter übergreift und dadurch die Schwachen hochzieht“.³⁵ Damit erwies er sich eher als Enkel Adenauers denn als Nachfolger Erhards, der genau in diesem Punkt stets das eigentlich „Soziale“ der Marktwirtschaft gesehen hatte. „Ich meine, dass der Markt an sich sozial ist“, pflegte er zu erklären, „nicht, dass er sozial gemacht werden muss.“³⁶

Zugleich sollte man sich davor hüten, die marktwirtschaftlichen Veränderungen der 1860er und 1870er wie der 1950er und 1990er Jahre im Rückblick zu reformerischen Selbstläufern zu verklären. In allen drei Fällen gab es erhebliche Akzeptanzschwierigkeiten in der Bevölkerung zu überwinden – nicht nur für die CDU bei den Landtags- und Bundestagswahlen in den neuen Bundesländern während der 1990er Jahre. Bismarcks liberale Wirtschaftspolitik fiel in den süddeutschen Ländern ebenfalls keineswegs sogleich auf fruchtbaren Boden. Im Frühjahr 1868 erlebte der preußische Ministerpräsident bei den Wah-

33 | *Zur zunehmend bitteren Auseinandersetzung der beiden siehe Daniel Koerfer: Kampf ums Kanzleramt. Erhard und Adenauer. Stuttgart 1988.*

34 | *Dominik Geppert: Beharrung im Wandel. Unionsdominierte Bundesregierungen, in: Hans-Peter Schwarz (Hg.): Die Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz nach 60 Jahren. Köln u. a. 2008, S. 57–76, hier S. 68.*

35 | *Zitiert nach Wirsching: Abschied, S. 338.*

36 | *Zitiert nach Alfred C. Mierzejewski: Ludwig Erhard. Der Wegbereiter der Sozialen Marktwirtschaft. München 2005, S. 59.*

len zum sogenannten Zollparlament eine „böse Überraschung“.³⁷ Und auch am Beginn der Ära Adenauer blieb nach dem knappen Wahlsieg der bürgerlichen Parteien im August 1949 der wirtschaftspolitische Kurs anfangs umstritten – zumal bereits wenige Wochen nach der Wahl die ökonomische Aufbruchstimmung nachließ, die Produktionsziffern zunächst wieder rückläufig waren und die Arbeitslosigkeit in den Westzonen zwischenzeitlich von knapp 450.000 im Juni 1948 auf rund zwei Millionen im Januar 1950 anstieg.³⁸

Die Integration der alten Eliten

Wenn man heute mit Blick auf die Wiedervereinigung die Frage diskutiert, wie nach 1990 die alten Eliten in den gesamtdeutschen Staat integriert wurden, dann richtet sich die Aufmerksamkeit automatisch auf den Umgang mit dem geistigen wie personellen Erbe der Diktatur und den Vergleich der zweiten Vergangenheitsbewältigung mit der ersten nach 1945. Das ist eine richtige und wichtige Diskussion. Hier soll aber zunächst eine Vergleichsdimension aufgezeigt werden, die seltener ins Auge gefasst wird, die aber ebenfalls erhellend sein kann: nämlich zwischen der Situation nach 1871 und nach 1990.

Wenn man diese Perspektive einnimmt, geraten nicht die alten ostdeutschen Eliten in den Blick, sondern die westdeutschen, die nach 1990 die Geschicke der neuen Bundesrepublik ähnlich stark bestimmten wie die alten preußischen Eliten das Schicksal des Deutschen Reiches nach 1870/71. So stellten die preußischen Verwaltungsjuristen in den Ministerien am Tiergarten den größten staatlichen Verwaltungsapparat und die preußische Bürokratie blieb auch bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs größer als die Reichsadministration. Die preußischen Ministerien lieferten, jedenfalls während der Bismarckära, die entscheidende Expertise für Gesetzesinitiativen auch auf Reichsebene. Rein fachlich gesehen ist das Deutsche Reich mit der Dominanz der preußischen Verwaltung ähnlich gut gefahren wie die neuen Bundesländer mit dem Import administrativen Fachwissens aus der alten Bundesrepublik, denn der Apparat war gut geschult, arbeitete kundig und effizient.³⁹

37| Gall: *Bismarck*, S. 396.

38| Vgl. Geppert: *Ära Adenauer*, S. 62.

39| Stürmer: *Politische Kultur*, S. 39f.

Beim Militär verfuhr man in der Bismarckära allerdings anders als bei der Wiedervereinigung. Nach dem Ende der DDR wurde die Nationale Volksarmee aufgelöst. Zum 2. Oktober 1990 wurden alle Generale und Admirale sowie alle Politoffiziere entlassen beziehungsweise in den vorzeitigen Ruhestand versetzt. Diese Regelung traf außerdem alle Soldaten über 55 Jahre und alle weiblichen Armeeangehörigen mit Ausnahme der Offiziere des Sanitätsdienstes. Insgesamt übernahm die Bundeswehr schließlich von 50.000 Berufs- und Zeitsoldaten der NVA rund ein Fünftel.⁴⁰ 1864 und 1866 wurden zwar nach der Einverleibung von Schleswig-Holstein, Hannover, Kurhessen, Nassau und Frankfurt in das preußische Staatsgebiet auch die Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften von deren Armeen ins preußische Heer eingegliedert. Ähnliches geschah nach der Gründung des Norddeutschen Bundes mit den Truppen der beiden Mecklenburgs, der thüringischen Staaten, Oldenburgs, Lippes, Schaumburg-Lippes, Waldecks, der Hansestädte und des Großherzogtums Hessen. Doch die königlich sächsische Armee blieb ebenso selbstständig wie nach 1871 die württembergischen und bayerischen Verbände.⁴¹

Entscheidend war aus Bismarcks Sicht, dass kein Reichskriegsministerium eingerichtet wurde, dass die preußische Armee direkt dem preußischen König unterstellt blieb, dass sie nicht in einem Reichsheer aufging und dass sie gegenüber den Militäreinrichtungen der süddeutschen Staaten ein deutliches Übergewicht behielt. Tatsächlich machte sie dann auch 1871 wie 1914 rund 75 Prozent des Reichsheeres aus. Außerdem war gemäß Artikel 61 der Reichsverfassung in ganz Deutschland „die gesammte Preußische Militairgesetzgebung einzuführen“ und der preußische König war als deutscher Kaiser nach Artikel 63 zugleich Oberbefehlshaber der Reichstruppen.⁴² Dadurch entstand in der zivilen Verwaltung wie beim Militär eine institutionelle Doppelstruktur in Preußen und dem Reich, für die es in der Bundesrepublik – zum Glück – keine Parallele gibt.

Zwar verwachsen preußische und deutsche Institutionen durch ein System der Personalunion zwischen Preußenministerien und Reichs-

40 | Vgl. Rödder: *Deutschland*, S. 346; Leonhard Nina: „Armee der Einheit“. *Zur Integration von NVA-Soldaten in die Bundeswehr*, in: Sven Bernhard Gareis/Paul Klein (Hg.): *Militär und Sozialwissenschaft*. 2. Aufl. Wiesbaden 2006, S. 65.

41 | Stahl: *Preußische Armee*; Clark: *Preußen*, S. 637.

42 | Zitiert nach Clark: *Preußen*, S. 637.

ämtern im Verlauf der Zeit immer stärker miteinander. Immer öfter dienten auch Nichtpreußen als Reichsbeamte oder gar als preußische Minister. 1914 besaß rund ein Viertel der Offiziere in der preußischen Armee nicht die preußische Staatsangehörigkeit. Auch wurde die spezifische kulturelle Identität Preußens mehr und mehr von der industriellen Massengesellschaft und dem Denken in den Kategorien des Nationalstaats überlagert. Was blieb, war der Militär- und Beamtenstaat. Preußen, so hat Michael Stürmer formuliert, überlebte den Nationalstaat nur in seinen Institutionen.⁴³ Hinzu kam die teilweise Fusionierung der Regierungs- und Repräsentationsorgane mit konservativen Agrarinteressen über das preußische Dreiklassenwahlrecht. Dieses Dreiklassenwahlrecht begünstigte die Verfestigung einer machtvollen ländlichen Lobby und erschwerte alle weit reichenden Reformen des Systems stark, wenn es sie nicht gar unmöglich machte. Auch in dieser Hinsicht lähmte sich das von Bismarck geschaffene System schließlich selbst.⁴⁴ Von anderer Art waren die Herausforderungen, die das Erbe der beiden deutschen Diktaturen des 20. Jahrhunderts mit sich brachte. Hier ging es nicht um Institutionen, sondern um Menschen und deren Mentalitäten. Um es zuzuspitzen: Während sich Preußen kulturell und mental nach 1871 allmählich auflöste und nur seine Institutionen überlebten, war es beim NS-Staat und der DDR umgekehrt. Ihre Institutionen waren 1945 beziehungsweise 1990 viel schneller verschwunden als die von ihnen geprägten Mentalitäten.

Dennoch gibt es auch gravierende Unterschiede zwischen der Integration der Mitläufer und Mittäter der NS-Herrschaft auf der einen und des SED-Regimes auf der anderen Seite. Man könnte argumentieren, in gewisser Hinsicht geschah sie gegenläufig: Die kleinen und großen Nazis mussten nach 1945 ihrer alten Ideologie abschwören, eine „klare Anpassungsleistung“ erbringen, wie Gerd Koenen formuliert hat, und durften politisch keine herausgehobene Rolle mehr spielen.⁴⁵ Dafür wurden sie rechtlich in der Regel rasch amnestiert und gesellschaftlich zügig rehabilitiert. Dass es Adenauer – nicht im Alleingang, aber doch auch ihm ganz persönlich – auf diese Weise gelang, Millionen von Anhängern des früheren Regimes in der neuen westdeutschen Demokratie zu verwurzeln, ist später auch von politischen Gegnern wie Willy

43 | Stürmer: *Politische Kultur*, S. 41.

44 | Vgl. Clark: *Preußen*, S. 640f.

45 | Zitiert nach Schwarz: *Anmerkungen*, S. 159, vgl. ebd. die dazugehörige Anm. 23.

Brandt als seine vielleicht größte innenpolitische Leistung gewürdigt worden.⁴⁶

Nach 1990 funktionierte das Verfahren, wie gesagt, eher umgekehrt – ohne dass Helmut Kohl an dieser Entwicklung einen besonders großen persönlichen Anteil gehabt hätte. Das politische Bekenntnis zum Kommunismus war jedenfalls zu keiner Zeit auch nur annähernd so diskreditiert wie dasjenige zum Nationalsozialismus. Die Staatspartei der DDR existiert unter verändertem Namen bis heute. Dafür wurde die DDR-Vergangenheit öffentlich viel rascher umfassend aufgearbeitet als das nach 1945 mit dem Nationalsozialismus geschehen war, der lange Zeit einem „vitalen Vergessen“ anheimfiel, wie Dolf Sternberger es genannt hat. Zugleich geschah der Elitenaustausch sehr viel gründlicher als nach 1945, schon aus dem einfachen Grund, dass mit den Westdeutschen gleich gut – und häufig besser – ausgebildeter Ersatz in einem Ausmaß zur Verfügung stand, wie es nach dem Ende der NS-Herrschaft nicht der Fall gewesen war. Etwa vierzig Prozent der ostdeutschen Spitzenpositionen wurden in den ersten fünf Jahren der deutschen Einheit mit Westdeutschen besetzt – „nach der Faustregel: je höher die Position, desto höher der Westanteil“.⁴⁷ Bei den Richtern etwa blieben nur knapp tausend von dreitausend aus der DDR-Zeit im Amt. Nach 1945 waren gerade in diesem Bereich die personellen Kontinuitäten viel größer.

Resümee

Nimmt man abschließend die drei hier untersuchten Bereiche – politisch-institutioneller Rahmen, Wirtschaftsordnung und Elitenintegration – noch einmal zusammen in den Blick, so lassen sich eine Reihe von Gemeinsamkeiten zwischen den drei Kanzlern feststellen. Zunächst einmal waren die drei Umbruchzeiten, mit denen wir es zu tun haben, Stunden der Exekutive. Unter diesen außergewöhnlichen Umständen verfügten die Männer an der Spitze der Regierung über größere Handlungsmöglichkeiten als in normalen Zeiten. Sie vermochten es, bis zu einem gewissen Grad, ihren Ämtern und den sie umgebenden Strukturen den Stempel ihrer Persönlichkeit aufzudrücken. Sie konnten nicht nur außenpolitisch, sondern in bestimmtem Umfang auch im Innern

46 | Willy Brandt: *Begegnungen und Einsichten. Die Jahre 1960–1975*. Hamburg 1976, S. 60f.

47 | Rödder: *Deutschland*, S. 346.

das Tempo der Entwicklungen bestimmen, Richtungen vorgeben, Entscheidungen durchsetzen. Sowohl Bismarck als auch Adenauer und Kohl haben diese Chance mit einer Mischung aus robustem Machtinstinkt, geistiger Beweglichkeit, taktischer Flexibilität und realpolitischer Einsicht in das Machbare genutzt.

Alle drei erwiesen sich dabei als Konservative, die sich nicht gegen jede Veränderung stemmten, sondern bereit waren, den Tiger zu reiten: Bismarck, indem er im Dienste des Machtstaates und der eigenen Machtsicherung den preußischen Staat mit der Industriegesellschaft und dem nationalen Gedanken verband; Adenauer, der den Deutschen nach dem Scheitern des diktatorischen Führerstaates bewies, dass parlamentarische Demokratie und politische Führung keine Gegensätze sind und sowohl Stabilität als auch Prosperität hervorbringen können; und Kohl, der den vereinigten deutschen Nationalstaat in der Mitte Europas nicht nur den Nachbarn akzeptabel gemacht, sondern ihn auch im Inneren auf ein solides Fundament gestellt hat. Alle drei waren in der Lage, so hat Michael Stürmer einmal formuliert, „die äußeren und inneren Gestaltungsfragen zusammenzudenken und zu verfugen“.⁴⁸

Trotzdem endet jede politische Karriere im Scheitern. Das gilt auch für Bismarck, Adenauer und Kohl, die alle drei nicht freiwillig gingen. Der erste wurde von einem neuen, jungen Monarchen in die Wüste geschickt, der zweite von seiner Fraktion zum Rücktritt gedrängt, der dritte vom Wähler aufs Altenteil geschoben. Alle drei brachten keinen friedlich-einvernehmlichen Rückzug aus der Politik zustande, sondern verlebten beziehungsweise erleben die Jahre nach ihrem Abtritt unruhig, den vermeintlichen Zeitgeist skeptisch beäugend, dünnhäutig um die Wahrung ihres politischen Erbes bemüht, an den Talenten ihrer Nachfolger zweifelnd und sich weiter ins politische Tagesgeschäft einmischend. Die Mehrheit ihrer Zeitgenossen reagierte auf ihren Abgang mit einem Gefühl des Aufatmens und der Befreiung – und zwar, das ist für mein Thema wichtig, nicht so sehr wegen ihres außenpolitischen Erbes, das schon bald dogmatisiert und in den Stand der Unantastbarkeit erhoben wurde, sondern weil man ihnen im Innern nicht mehr zutraute, die drängenden Probleme der Zeit zu erkennen, geschweige denn zu lösen. Das Urteil der Historiker wird in dieser Hinsicht – zumindest im Falle Adenauers und Kohls – wohl freundlicher ausfallen.

48 | *Stürmer: Wem gehört Deutschland.*

Den Nachfolgern andere Probleme zu hinterlassen als man vorgefunden hat, ist kein Ausdruck des Scheiterns, sondern des politischen Erfolgs.